

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft

**zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 4. Juli 2013
– Drucksache 15/3812**

**Denkschrift 2013 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des
Landes Baden-Württemberg;
hier: Beitrag Nr. 12 – Bürokommunikationssystem im Minis-
terium für Ländlichen Raum und Ver-
braucherschutz**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Von der Mitteilung des Rechnungshofs vom 4. Juli 2013 zu Beitrag Nr. 12 – Drucksache 15/3812 – Kenntnis zu nehmen.
- II. Die Landesregierung zu ersuchen,
 1. die Stelleneinsparungen beim Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz entsprechend der konkreten Beauftragung des Informatikzentrums Landesverwaltung Baden-Württemberg (IZLBW) neu zu berechnen;
 2. die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit das Verlagern des Betriebs des Bürokommunikationssystems des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz an das IZLBW möglich wird;
 3. dem Landtag über das Veranlasste bis 31. Dezember 2014 zu berichten.

14. 11. 2013

Der Berichterstatter:

Dr. Reinhard Löffler

Der Vorsitzende:

Karl Klein

Bericht

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft beriet die Mitteilung Drucksache 15/3812 in seiner 37. Sitzung am 14. November 2013. Als *Anlage* ist diesem Bericht eine Anregung des Rechnungshofs für eine Beschlussempfehlung des Ausschusses an das Plenum beigefügt.

Der Berichterstatter für den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft begrüßte den Vorschlag des Rechnungshofs, den Betrieb des Bürokommunikationssystems beim Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz (MLR) an das Informatikzentrum Landesverwaltung Baden-Württemberg (IZLBW) zu übertragen. Er fuhr fort, der Rechnungshof empfehle im Zusammenhang mit dem aufgegriffenen Vorschlag weiter, 2,75 Vollzeitäquivalente beim Ministerium einzusparen sowie die erforderliche Personalkapazität beim IZLBW zu schaffen und diesem die notwendigen Sachmittel für die Leistungsentgelte bereitzustellen. Das Ministerium habe bereits Schritte eingeleitet, um den Betrieb seines Bürokommunikationssystems an das IZLBW zu überführen.

Abschließend dankte der Abgeordnete dem Rechnungshof für dessen Denkschriftbeitrag und schlug vor, der vom Rechnungshof angeregten Beschlussempfehlung zuzustimmen.

Ein Abgeordneter der CDU brachte zum Ausdruck, seine Fraktion könne dem Beschlussvorschlag des Rechnungshofs folgen. Das MLR führe an, dass am 19. Dezember 2012 ein erstes Projektgespräch stattgefunden habe. Dies liege nun fast ein Jahr zurück. Daher interessiere ihn, was sich jetzt zur Überleitung des Bürokommunikationssystems an das IZLBW mitteilen lasse und welcher Zeitrahmen hierfür vorgesehen sei.

Ein Abgeordneter der SPD merkte an, seine Fraktion stimme dem Beschlussvorschlag des Rechnungshofs ebenfalls zu.

Ein Vertreter des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz teilte mit, wegen bestehender Leasingverträge habe das Ministerium sein Bürokommunikationssystem noch nicht auf das IZLBW übertragen können. Es wäre kontraproduktiv gewesen, diese Verträge vorzeitig zu kündigen. Die dann fälligen Strafzahlungen hätten nämlich dazu geführt, dass letztlich nur ein kleiner Einspareffekt aus der Überleitung an das IZLBW erzielt würde.

Die Umstellung sei schon vorbereitet. Sie erfolge nach Auslaufen der Leasingverträge und könne im Januar/Februar 2014 beginnen.

Sodann stimmte der Ausschuss dem Beschlussvorschlag des Rechnungshofs (*Anlage*), wie vom Vorsitzenden ohne Widerspruch festgestellt, einstimmig zu.

11. 12. 2013

Dr. Reinhard Löffler

Anlage

**Rechnungshof
Baden-Württemberg**

**Denkschrift 2013
Beitrag Nr. 12/Seite 93**

Anregung

**für eine Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft
zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 4. Juli 2013 – Drucksache 15/3812**

**Denkschrift 2013 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung
des Landes Baden-Württemberg;
hier: Beitrag Nr. 12 – Bürokommunikationssystem im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz**

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Von der Mitteilung des Rechnungshofs vom 4. Juli 2013 zu Beitrag Nr. 12 – Drucksache 15/3812 – Kenntnis zu nehmen.
- II. Die Landesregierung zu ersuchen,
 1. die Stelleneinsparungen beim Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz entsprechend der konkreten Beauftragung des Informatikzentrums Landesverwaltung Baden-Württemberg (IZLBW) neu zu berechnen;
 2. die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit das Verlagern des Betriebs des Bürokommunikationssystems des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz an das IZLBW möglich wird;
 3. dem Landtag über das Veranlasste bis 31. Dezember 2014 zu berichten.

Karlsruhe, 27. September 2013

gez. Günter Kunz

gez. Ria Taxis